

NIEDERSCHRIFT

über die 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Dornburg am Donnerstag, dem 3. Juni 2025, im Paul Arens Bürgerhaus Frickhofen, Marktstraße, 65599 Dornburg

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Sitzungsunterbrechung: 21.10 Uhr bis 21.13 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 30

Anwesend

a) stimmberechtigt:

Bock, Rosemarie
Flügel, Meik
Frensch, Josef
Herzinger, Mario
Kunz, Christoph
Pfaff, Martin
Sauer, Ulrich
Schlimm, Klemens
Stahl, Markus
Stahl, Michael
Trottmann, Peter
Vogel, Martin
Weckbecker, Andreas ab 19.50 Uhr, ab TOP 4

Baron, Ottmar
Burgwinkel, Hans-Jürgen
Hering, Emily
Hering, Juditha
Kundermann, Martin
Wagner, Karl-Heinz

Heep, Jörg
Schäfer, Holger
Weber, Christof

Bill, Andreas

Jordan, Diana

b) nicht stimmberechtigt:

Bürgermeister Höfner, Andreas
Pott, Bernd
Hölzel, Markus
Lixenfeld, Marcus

Wüst, Achim

Schneider, Michael
Hof, Stefan

Kirch, Holger (SF)
Hannappel, Achim
Zingel, Tobias

c) es fehlten entschuldigt:

Hartmann, Andreas
Hartmann, Stefan
Hörter, Klaus
Kloft, Katja
Valeske, Dr. Walter

Schmidt, Thorsten

Fritz, Albrecht

Kloft, Astrid

d) es fehlten unentschuldigt:

—

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
2. Mitteilungen des Gemeindevorstands
3. Wahlen Ortsgericht
hier: Ortsgericht Dornburg IV – Dorndorf
4. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplans, Gemarkung Frickhofen, Zweckbestimmung: „Erweiterung Solarpark an der Oberwesterwaldbahn in Dornburg-Frickhofen“
5. Marktplatz Frickhofen: Spielgeräte für Kinder
Antrag der SPD-Fraktion Dornburg
6. Sanierung der Straßen durch Hessen Mobil
Antrag der SPD-Fraktion Dornburg
7. Kreisverkehr an der Einmündung Thalheim (L3278/L3046)
Antrag der CDU-Fraktion Dornburg
8. Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung
Antrag der SPD-Fraktion Dornburg

9. Förderprogramm: Gestaltung privater Vorgärten
Antrag der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan
10. Kommunale Parkplätze
Antrag der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan
11. Entwicklung eines kommunalen Resilienzkonzepts
Antrag des Gemeindevertreters Herrn Andreas Bill
12. Partnerschaft „Heimatschutz und Gesamtverteidigung“ des Landeskommandos Hessen der Bundeswehr
Antrag des Gemeindevertreters Herrn Andreas Bill
13. Informationsveranstaltung durch das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz
Antrag der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan
14. Schottergärten
Anfrage der SPD-Fraktion Dornburg
15. Stand der Digitalisierung der Verwaltung
Anfrage der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, begrüßte alle Anwesenden und stellte vor Eintritt in die Tagesordnung fest, dass die Mitglieder der Gemeindevertretung durch Einladung vom 27.05.2025 unter Mitteilung der Tagesordnung auf Dienstag, den 03.06.2025 ordnungsgemäß einberufen wurden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stellte fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Gemeindevertretung nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung stellte außerdem fest, dass zur Niederschrift über die 29. Sitzung der Gemeindevertretung innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände erhoben wurden und diese somit genehmigt ist.

Punkt 1: Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, sprach eine Gratulation zu einem Geburtstag aus.

Er erinnerte, dass am Dienstag, dem 24.06.2025 um 18.00 Uhr im Paul Arens Bürgerhaus in Frickhofen die nächste Bürgerversammlung stattfinden und zwei Schwerpunkt-Themen umfassen wird: Die Vorstellung des Starkregenkonzepts der Gemeinde Dornburg und die Vorstellung der Gemeindepflegerin Simone Schmitt. Zudem wird es die Möglichkeit geben, auch Fragen zu anderen Themen der Kommunalpolitik in Dornburg zu stellen.

Abschließend teilte der Vorsitzende der Gemeindevertretung mit, dass die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, dem 28.08.2025 um 19.30 Uhr stattfinden wird. Der Ort wird noch bekanntgegeben. Der Antragsschluss ist demnach der 06.08.2025.

Punkt 2: Mitteilungen des Gemeindevorstands

Herr Bürgermeister Andreas Höfner gab die nachfolgenden Mitteilungen:

- Der Gemeindevorstand hat für die Maßnahme „Feuerwehrgerätehausanbau Thalheim/ Herstellung von Stellplätzen“ die Auftragsvergabe für die Planungsleistungen der Leistungsphasen 5-8 an das Architekten- und Ingenieurkontor Wagner aus Limburg beschlossen. Die Auftragssumme beläuft sich auf brutto 27.072,87 Euro.
- Der Gemeindevorstand hat ferner Auftragsvergaben für Bauleistungen zum Neubau des Feuerwehrhauses Dorndorf mit einem Gesamtvolumen von deutlich über einer Million Euro beschlossen, und zwar wurden Aufträge vergeben an:
 - die Firma Bagger Schenk aus Elz für das Gewerk „Erd- und Kanalarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 159.505,26 Euro brutto,
 - die Firma Bautech aus Höhn für das Gewerk „Beton- und Maurerarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 238.581,87 Euro brutto,
 - die Firma MAW aus Horhausen für das Gewerk „Stahlbauarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 203.430,50 Euro brutto,
 - die Firma Weichell aus Selters-Eisenbach für das Gewerk „Zimmerarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 44.330,72 Euro brutto,
 - die Firma Kröner aus Greifenstein-Beilstein für das Gewerk „Dachdecker- und Klempnerarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 76.054,69 Euro brutto,
 - die Firma Löhr aus Koblenz für das Gewerk „Gerüstarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 15.428,59 Euro brutto
 - die Firma SW Metallbau aus Limburg-Offheim für das Gewerk „Fensterbauarbeiten“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 54.102,35 Euro brutto,
 - die Firma Klum aus Bad Camberg für das Gewerk „Heizung, Lüftung, Sanitär“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 212.746,46 Euro brutto,
 - die Firma pb.plan aus Bickenbach für das Gewerk „Blitzschutz“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 6.588,44 Euro brutto,
 - die Firma Drei.Eins aus Staudt für das Gewerk „Photovoltaik“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 24.950,02 Euro netto,
 - die Firma Hilger aus Luckenbach für das Gewerk „Hausalarm“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 10.996,59 Euro brutto und
 - die Firma Neuwirdt aus Thalheim für das Gewerk „Stark- und Schwachstrom“ zu einer Auftragssumme in Höhe von 95.192,75 Euro brutto.
- Ein Auftrag zur Beschaffung von je 4 Pressluftatmern, Lungenautomaten, Druckluftflaschen und Vollmasken wurde an die Firma Giebeler in Neunkirchen in Höhe von 11.957,12 Euro brutto vergeben.
- Die Fa. Giebeler aus Neunkirchen wurde zudem mit der Lieferung eines neuen Stromerzeugers für die Freiwillige Feuerwehr Langendernbach beauftragt, und zwar in Höhe von 8.274,07 Euro brutto.

- Nach Auswertung durch das Ingenieurbüro Best wurde die Firma EC Straßen- und Tiefbau aus Weilburg mit der Errichtung des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestelle „Post“ in der Mainzer Str. im Ortsteil Langendernbach in Höhe von 191.784,26 Euro beauftragt.
- Der Gemeindevorstand hat beschlossen, die Partnerschaft im Bundesprogramm Demokratie Leben mit den Gemeinden Beselich, Elbtal und Waldbrunn sowie dem Marktflecken Mengerskirchen in der Förderperiode 2025 bis 2032 fortzusetzen.
- Als weitere Mitteilung der Hinweis auf den der Einladung beigefügten Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung. Demnach ist das Jahr 2025 im Plan. Ich möchte aber erneut vorsichtig auf die Höhe der in diesem Jahr rechnerisch noch zu finanzierenden Investitionsresten aus 2024 in Höhe von 7 Millionen Euro hinweisen. Außerdem sind ja in 2025 noch Investitionen in Höhe von rund 5 Millionen Euro geplant. In Summe sind somit 12 Millionen Euro für Investitionen zu finanzieren. Wie bereits angesprochen: Noch haben wir die erforderliche Liquidität.
- Dann im Sachzusammenhang passend die Information, dass der Gemeindevorstand den vorläufigen ungeprüften Jahresabschluss 2024 festgestellt hat, der nun der Revision des Landkreises Limburg-Weilburg zur Prüfung zugeleitet wird. Das Zahlenwerk schließt im Ergebnishaushalt mit rund 3,2 Mio. Euro und im Finanzhaushalt mit rund 1,1 Mio. Euro ab, allerdings bei zu übertragenen und demzufolge noch zu finanzierenden Haushaltsresten in Höhe von rund 7 Mio. Euro. Diese sind ja Teil der zuvor genannten 12 Millionen Euro. Die Unterlagen zum Jahresabschluss wurden der Einladung ebenfalls beigegeben.
- Abschließend darf ich darüber informieren, dass uns heute Herr Staatsminister Prof. Dr. Poseck besucht und einen Förderbescheid über 100.000,-- Euro übergeben hat, mit dem unsere interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Hadamar und den Gemeinden Elbtal und Elz im Kontext Schutz von Veranstaltungen unterstützt wird.

Punkt 3: Wahlen Ortsgericht hier: Ortsgericht Dornburg IV – Dorndorf

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag des Bürgermeisters.

Die Gemeindevertretung beschließt, den stellv. Ortsgerichtsvorsteher Herrn Klaus Kempf, Blasiusstr. 27, 65599 Dornburg-Dorndorf, als Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Dornburg IV Dorndorf zu wählen.

Die Gemeindevertretung beschließt, Herrn Markus Jung, Auf dem Hügel 3a, 65599 Dornburg-Dorndorf, als stellv. Ortsgerichtsvorsteher für das Ortsgericht Dornburg IV Dorndorf zu wählen.

Die Gemeindevertretung beschließt, Herrn Jannis Weyer, Auf dem Hügel 3, 65599 Dornburg-Dorndorf, als Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Dornburg IV Dorndorf zu wählen.

Abstimmungsergebnis: 22:1:0

Punkt 4: Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplans, Gemarkung Frickhofen, Zweckbestimmung: „Erweiterung Solarpark an der Oberwesterwaldbahn in Dornburg-Frickhofen“

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag des Bürgermeisters.

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Dornburg beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes „Erweiterung Solarpark an der Oberwesterwaldbahn“. Der Geltungsbereich ist der im Anhang beigefügten Übersichtskarte zu entnehmen.
2. Allgemeines Planziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Schaffung des Bauplanungsrechts für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage östlich bzw. südöstlich des bestehenden Solarparks an der Oberwesterwaldbahn durch die Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes im Sinne § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung.
3. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zeitgleich zur Aufstellung des Bebauungsplanes geändert.
4. Die Änderung des Flächennutzungsplanes und der Bebauungsplan werden im zweistufigen Regelverfahren ausgestellt. Die Bauleitungsplanung erfordert insofern eine Umweltprüfung im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB, in der die voraussichtlichen erheblichen Umwelteinwirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht bewertet werden. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB in die Begründung zu integrieren.
5. Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 20:0:4

**Punkt 5: Marktplatz Frickhofen: Spielgeräte für Kinder
Antrag der SPD-Fraktion Dornburg**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag der SPD-Fraktion Dornburg.

Der Gemeindevorstand wird um Prüfung gebeten, ob bei der Erstellung des funktionalen Konzepts für den Marktplatz in Frickhofen auch Spielgeräte für Kinder integriert werden können.

Abstimmungsergebnis: 12:10:2

**Punkt 6: Sanierung der Straßen durch Hessen Mobil
Antrag der SPD-Fraktion Dornburg**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag der SPD-Fraktion Dornburg.

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, sich bei Hessen Mobil dafür einzusetzen, dass die Bahnhofstraße und die Limburger Straße im Ortsteil Frickhofen noch in diesem Jahr, spätestens aber im nächsten Jahr instandgesetzt werden.

Der Bürgermeister und CDU-Fraktion wiesen darauf hin, dass die Sanierung, inkl. Kanalarbeiten, der Limburger Straße für 2026 vorgesehen sei. Die CDU-Fraktion signalisierte Zustimmung zum vorliegenden Antrag, sofern die Limburger Straße gestrichen wird. Die SPD-Fraktion übernahm diesen Änderungsvorschlag. Die Gemeindevertretung stimmte wie folgt ab.

Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, sich bei Hessen Mobil dafür einzusetzen, dass die Bahnhofstraße im Ortsteil Frickhofen noch in diesem Jahr, spätestens aber im nächsten Jahr instandgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis: 24:0:0

**Punkt 7: Kreisverkehr an der Einmündung Thalheim (L3278/L3046)
Antrag der CDU-Fraktion Dornburg**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag der CDU-Fraktion Dornburg.

Die Gemeindevertretung möge folgende Resolution beschließen:

Die Gemeindevertretung Dornburg fordert die Landesregierung auf, am Knotenpunkt der Landesstraße L3278 (Frickhofen – Niederzeuzheim) und der Landesstraße L3046 an der Abfahrt Thalheim einen Kreisverkehr zu errichten.

Abstimmungsergebnis: 23:1:0

**Punkt 8: Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung
Antrag der SPD-Fraktion Dornburg**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag der SPD-Fraktion Dornburg.

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, bis zum 31.12.2026 ein Konzept für eine umfassende kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Dieses Konzept soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

- Bestandsaufnahme: Eine detaillierte Analyse des aktuellen Wärmebedarfs, unterteilt nach Sektoren (Wohngebäude, Gewerbe, Industrie, öffentliche Einrichtungen).
- Szenarienentwicklung: Die Entwicklung verschiedener Szenarien für eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2045, unter Berücksichtigung technischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen.
- Bürgerbeteiligung: Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, relevanter Akteure (z. B. Energieversorger, Handwerksbetriebe und der lokalen Wirtschaft in den Planungsprozess).
- Umsetzungsstrategie: Die Entwicklung konkreter Maßnahmen und Zeitpläne zur Umsetzung der Wärmeplanung einschließlich der Klärung von Zuständigkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten.
- Berücksichtigung der aktuellen Förderlandschaft auf Bundes- und Landesebene zur Unterstützung der Wärmeplanung und ihrer Umsetzung.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2026 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 7:17:0
(Der Antrag ist somit abgelehnt.)

Punkt 9: Förderprogramm: Gestaltung privater Vorgärten
Antrag der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag der Gemeindevertreterin Diana Jordan.

Ich beantrage, dass die Gemeinde Dornburg ein Förderprogramm für private Hauseigentümer/innen auflegt, die ihre Vorgärten naturnah und insektenfreundlich gestalten wollen. Gefördert werden sollen insbesondere Maßnahmen zur Umgestaltung bestehender Schottergärten oder artenarmer Rasenflächen in blühende, strukturreiche Pflanzflächen mit standortgerechten, heimischen Pflanzen. Hierfür soll jährlich Haushaltsmittel in Höhe von zunächst 10.000,00 Euro bereitgestellt werden.

Die SPD-Fraktion stellte den Änderungsantrag die Formulierung „oder artenarme Rasenflächen“ zu streichen. Die Antragstellerin übernimmt diesen Vorschlag, sodass die Gemeindevertretung über folgende Fassung abstimmte.

Ich beantrage, dass die Gemeinde Dornburg ein Förderprogramm für private Hauseigentümer/innen auflegt, die ihre Vorgärten naturnah und insektenfreundlich gestalten wollen. Gefördert werden sollen insbesondere Maßnahmen zur Umgestaltung bestehender Schottergärten in blühende, strukturreiche Pflanzflächen mit standortgerechten, heimischen Pflanzen. Hierfür soll jährlich Haushaltsmittel in Höhe von zunächst 10.000,00 Euro bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 8:16:0
(Der Antrag ist somit abgelehnt.)

Punkt 10: Kommunale Parkplätze
Antrag der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas den Antrag der Gemeindevertreterin Diana Jordan.

Ich bitte den Bürgermeister um folgendes: Auf allen kommunalen Parkplätzen im Ortsteil Frickhofen, ggf. auch in den anderen Ortsteilen, mindestens fünf Stellplätze je kommunaler Parkplatz als unbefristete Parkplätze (ohne zeitliche Begrenzung) auszuweisen. Diese Plätze sind deutlich zu kennzeichnen. Die Umstellung soll zeitnah und ohne größeren baulichen Aufwand erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 1:23:0
(Der Antrag ist somit abgelehnt.)

Punkt 11: Entwicklung eines kommunalen Resilienzkonzeptes Antrag des Gemeindevertreters Herrn Andreas Bill

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag des Gemeindevertreters Andreas Bill.

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gemeinde erarbeitet ein kommunales Resilienzkonzept mit dem Ziel, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung in Krisen- und Notlagen zu stärken.

Dabei sollen insbesondere Maßnahmen zur Förderung der individuellen Notfallvorsorge, zur strukturierten Nachbarschaftshilfe und zum Schutz vulnerabler Gruppen (z. B. alleinlebende ältere Menschen) entwickelt und umgesetzt werden. Grundlage bilden u.a. die Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Das Konzept soll folgende Maßnahmen beinhalten:

- Informationsmaterial und Aufklärung: Erstellung und Verbreitung verständlicher Handreichungen zur persönlichen Notfallvorsorge (z. B. bei Stromausfall, Versorgungsengpässen, Naturereignissen oder Maßnahmen hybrider Kriegführung), orientiert an den BBK-Empfehlungen.
- Nachbarschaftsnetzwerke: Förderung freiwilliger Zusammenschlüsse auf Ortsteilebene zur gegenseitigen Hilfe im Krisenfall („Resiliente Nachbarschaft“) mit besonderem Augenmerk auf hilfsbedürftige Personen.
- Koordinationsstelle: Benennung einer verantwortlichen Stelle die bestehende Notfallpläne fortschreibt, lokale Ressourcen identifiziert (z. B. Generatoren, Kocher, Erste-Hilfe-Kompetenz) und den Austausch mit Hilfsorganisationen unterstützt.
- Informationsveranstaltungen: Jährlicher Infoabend oder Aktionstag zur Krisenvorsorge in Zusammenarbeit mit Feuerwehr, Vereinen und weiteren lokalen Akteuren.
- Fördermittelprüfung: Die Verwaltung prüft bestehende Förderprogramme des Bundes und der Länder zur finanziellen Unterstützung entsprechender Maßnahmen und berichtet regelmäßig über mögliche Mittelabrufe.

Ein erster Entwurf des Konzepts soll der Gemeindevertretung bis spätestens zur Sitzung am 30. Oktober 2025 zur Beratung vorgelegt werden.

Die CDU- Fraktion beantragte vor der Abstimmung um 21.10 Uhr eine Sitzungsunterbrechung von 3 Minuten. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzte die Sitzung um 21.13 Uhr fort.

Der Gemeindevertreter Andreas Bill stellte nach der Sitzungsunterbrechung den nachfolgenden Änderungsantrag und zog gleichzeitig den ursprünglichen Antrag zurück.

Das Thema Krisenvorsorge soll im Rahmen einer Bürgerversammlung behandelt werden, um die Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich zu informieren und zu sensibilisieren. Im Vorfeld der Bürgerversammlung sollen sich der Vorsitzende der Gemeindevertretung, der Bürgermeister, der Antragssteller und die Gemeindefeuerwehrleitung austauschen, welche konkreten Themen vorgestellt und welche (externen) Expertinnen und Experten eingeladen werden sollen, um zu diesem Thema zu referieren.

Die Gemeindevertretung stimmte über den Änderungsantrag ab.

Abstimmungsergebnis:

23:0:1

**Punkt 12: Partnerschaft „Heimatschutz und Gesamtverteidigung“ des
Landeskommandos Hessen der Bundeswehr
Antrag des Gemeindevertreters Herrn Andreas Bill**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag des Gemeindevertreters Andreas Bill.

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Gemeinde Dornburg der Partnerschaft „Heimatschutz und Gesamtverteidigung“ des Landeskommandos Hessen der Bundeswehr beitrifft und dies durch Unterzeichnung der entsprechenden Partnerschaftserklärung bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 8:5:10
(Der Gemeindevertreter Klemens Schlimm hatte an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

**Punkt 13: Informationsveranstaltung durch das Hessische Ministerium des Innern, für
Sicherheit und Heimatschutz
Antrag der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgenden Antrag der Gemeindevertreterin Diana Jordan.

Die Gemeindevertretung beschließt, Vertreter/innen des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz zu einer öffentlichen Veranstaltung einzuladen. Diese sollen über Erkenntnisse, Bewertungen und aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) informieren.

Schwerpunkt der Informationsveranstaltung soll die aktuelle Einschätzung der AfD durch das Bundesamt und das Landesamt für Verfassungsschutz sein, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die AfD seit Mai 2025 bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Die Bewertung erfolgte aufgrund einer „die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei“.

Die SPD-Fraktion stellte den folgenden Änderungsantrag.

Die Gemeindevertretung beschließt, das Thema „Extremismus in Hessen – Aktuelle Lage und Herausforderungen“ zum Gegenstand einer Bürgerversammlung zu machen.

Abstimmungsergebnis: 7:15:2
(Der Antrag ist somit abgelehnt.)

Anschließend stimmte die Gemeindevertretung über den ursprünglichen Antrag ab.

Abstimmungsergebnis: 1:17:6
(Der Antrag ist somit abgelehnt.)

Punkt 14: Schottergärten
Anfrage der SPD-Fraktion Dornburg

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, verlas folgende Anfrage der SPD-Fraktion Dornburg.

Gemäß § 35 Abs. 9 des Hessischen Naturschutzgesetzes ist darauf hinzuwirken, dass Grundstücksfreiflächen im bebauten Innenbereich insektenfreundlich gestaltet und vorwiegend begrünt werden. Schotterungen zur Gestaltung von privaten Gärten sind dabei grundsätzlich keine zulässige Verwendung nach § 8 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung.

Was gedenkt der Gemeindevorstand zu tun, um dieses Ziel in Dornburg umzusetzen?

Wie wird insbesondere damit umgegangen, dass nach wie vor Schottergärten angelegt werden, wie dies beispielsweise bei der Sanierung der Brandruine Egenolfstraße 34 im Ortsteil Frickhofen der Fall ist?

Werden die betreffenden Grundstückseigentümer/Grundstückeigentümerinnen von der Gemeinde angeschrieben und auf die Gesetzeslage hingewiesen?

Falls es sich um ein genehmigungspflichtiges Vorhaben gehandelt hat: Wird die Bauaufsicht informiert?

Bürgermeister Höfner beantwortete die Anfrage wie folgt:

„Wie bereits in der Sitzung vom 03.04.2025 zu der inhaltlich im Wesentlichen gleichen Fragestellung von Frau Jordan geantwortet, obliegt die Zuständigkeit der in der Fragestellung genannten naturschutz- und baurechtlichen Bestimmungen dem Ermessen der zuständigen Naturschutzbehörde und zuständigen Bauaufsichtsbehörde, nicht der Gemeinde.

Der Gemeindevorstand ist bei seinem eigenen Handeln unstrittig an Recht und Gesetz gebunden. Wir sehen uns aber nicht in der Pflicht, Entscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern zur Anlage ihres Vorgartens zu werten, sie zum Sachverhalt anzuschreiben und auf die Gesetzeslage hinzuweisen. Es ist grundsätzlich auch nicht vorgesehen, die zuständige Naturschutz- bzw. Bauaufsichtsbehörde im Einzelfall zu informieren.“

Punkt 15: Stand der Digitalisierung der Verwaltung
Anfrage der Gemeindevertreterin Frau Diana Jordan

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, wies darauf hin, dass die Antworten zu folgender Anfrage der Gemeindevertreterin Diana Jordan schriftlich vorliegt.

Der Gemeindevorstand bzw. der Bürgermeister Andreas Höfner möge die folgende Anfrage bitte mündlich und schriftlich beantworten:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Digitalisierung der Verwaltung in Dornburg?
 - Welche Verwaltungsleistungen können noch nicht online beantragt oder digital abgewickelt werden?
 - Welche internen Verwaltungsprozesse wurden digitalisiert?
2. Welcher konkrete Fortschritt wurde in den letzten zwei Jahren erzielt?
 - Bitte um Aufstellung der umgesetzten Maßnahmen mit Zeitangaben.

- Welche finanziellen Mittel wurden dafür aufgewendet?
- 3. Welche Digitalisierungsmaßnahmen sind für das laufende Jahr 2025 geplant?
 - Welche Fördermittel (z.B. aus Bundes- oder Landesprogrammen) wurden beantragt und genehmigt?
- 4. Inwiefern ist die Gemeinde an übergeordneten digitalen Verwaltungsprojekten auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene beteiligt (z.B. OZG – Onlinezugangsgesetz)?
- 5. Wie wird die Bevölkerung über digitale Angebote informiert und bei der Nutzung unterstützt?

Bürgermeister Höfner beantwortete die Anfrage wie folgt schriftlich:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Digitalisierung der Verwaltung in Dornburg?
 - Welche Verwaltungsleistungen können noch nicht online beantragt oder digital abgewickelt werden?

„Die sog. Dashboard-Bibliothek der ekom21 zur Umsetzung digitaler Prozesse ist sehr umfangreich. Grundsätzlich wurden in Abstimmung der bestehenden IKZ (mit den Nachbarkommunen) die Prozesse digitalisiert, die auch zweckmäßig für eine Kommunalverwaltung und deren Bürger/innen sind. Nach derzeitigem Stand erfüllen wir die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes. Digitale Prozesse werden stets weiterentwickelt, überarbeitet und neu entworfen. In Abstimmung mit den Nachbarkommunen der IKZ werden im Rahmen von Arbeitssitzungen neue digitale Prozesse bewertet, hinsichtlich ihres Bedarfes und deren Zweckmäßigkeit bewertet und dann umgesetzt. Es handelt sich um ein nichtstatisches Verfahren.“

- Welche internen Verwaltungsprozesse wurden digitalisiert?

„Im Laufe des letzten Jahrzehntes wurden innerhalb der Verwaltung Digitalisierungsprozesse im Bereich der Finanz- und Steuerverwaltung, Standesamt, Einwohnermeldeamt, Ordnungsamt, der Jugendpflege umgesetzt. Es handelt sich um spezielle digitale Fachverfahren der Sachbearbeitung.“

Wie aus dem Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung vom 26.11.2024 zu entnehmen ist, hatte der Gemeindevorstand die Beauftragung zur Einführung der E-Akte für das Rathaus, also die digitale Dokumenten- bzw. Schriftgutverwaltung, bei der ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen zu einem Angebotspreis von 43.805,28 Euro beschlossen. Die Umsetzung ist in den Jahren 2025 und 2026 geplant.

Weiterhin ist für das Jahr 2026 erforderlich, die Homepage der Gemeinde Dornburg technisch überarbeiten zu lassen, um zum einen mögliche Sicherheitslücken schließen zu können und zum anderen die Homepage barrierefrei (nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz) zu gestalten. Hierfür werden im Entwurf des Haushalts 2026 insgesamt 25.000,- Euro veranschlagt werden.“

2. Welcher konkrete Fortschritt wurde in den letzten zwei Jahren erzielt?
 - Bitte um Aufstellung der umgesetzten Maßnahmen mit Zeitangaben.

„Wie bereits in der Sitzung der Gemeindevertretung am 26.11.2024 ausgeführt, wurden seit Mai 2023 in Zusammenarbeit der beteiligten Stadt/Kommunen (Elbtal, Dornburg, Elz und

Hadamar) über 40 digitale Prozesse abgeschlossen und produktiv geschaltet und können auf der Internetseite der Gemeinde Dornburg unter

www.gemeinde-dornburg.de/service-rathaus/online-service-antraege-meldungen/

abgerufen werden. D.h. Änderungen und Ergänzungen weiterer Onlinebeantragungsmöglichkeiten werden bei Bedarf weiter geprüft und umgesetzt. Die Gemeinde Dornburg kommt somit der gesetzlichen Verpflichtung nach dem sog. Onlinezugangsgesetz nach.

Die Implementierung der Prozesse auf dem Verwaltungsportal des Landes Hessens, dem sog. „Hessenfinder“, werden im Jahr 2026 abgeschlossen sein.

Auch wurden, seit der letzten Stellungnahme, die damals nicht online ausfüllbaren Formulare überarbeitet.“

- Welche finanziellen Mittel wurden dafür aufgewendet?

„Für die Einführung der E-Akte und für die Homepage sind aktuell 68.805,25 Euro veranschlagt. Für die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse stellen sich die Ausgaben wie folgt dar:

IKZ- Förderung - Federführung Stadt Hadamar - Beginn der IKZ Maßnahme Mai 2023.

Bisher verausgabt rd. 100.000 Euro (für Personal- und Fortbildungskosten für die Digitalisierungskoordinatorin) – IKZ- Förderung erhalten in Höhe von 100.000 Euro.

Gesamtkosten ab 2025 = rd. 75.000 Euro / Die Gemeinde Dornburg hat anteilige (1/4) Kosten 17.500 Euro pro Jahr zu tragen.“

3. Welche Digitalisierungsmaßnahmen sind für das laufende Jahr 2025 geplant?

1. Die Einführung der E-Akte 2025 – 2026,
2. Überarbeitung der Homepage (ab 2026 → vorbehaltlich Mittel im Haushalt 2026),
3. Die Implementierung der Prozesse auf dem Verwaltungsportal des Landes Hessens, dem sog. „Hessenfinder“ werden im Jahr 2026 abgeschlossen.

- Welche Fördermittel (z. B. aus Bundes- oder Landesprogrammen) wurden beantragt und genehmigt?

„Das Land Hessen hatte am 27. September 2019 mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung zur gemeinsamen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) unterzeichnet. Nach den Vorschriften des OZG müssen alle Kommunen ihre Leistungen zukünftig auch elektronisch über Verwaltungsportale anbieten. Aufgrund der getroffenen Vereinbarung stellte das Land dafür rund 37 Millionen Euro zur Verfügung. Ein Teil dieser Vereinbarung ist auch, dass für die Dauer der Vereinbarung das Land die Digitalisierungsplattform civento allen hessischen Kommunen unentgeltlich bereitstellt. Bisher war das noch der Fall. Weitere Förderprogramme zur Umsetzung der Digitalisierung auf kommunale Ebene stehen aktuell beim Land Hessen nicht zur Verfügung.“

4. Inwiefern ist die Gemeinde an übergeordneten digitalen Verwaltungsprojekten auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene beteiligt (z. B. OZG – Onlinezugangsgesetz)?

„Die Gemeinde Dornburg ist auf Landesebene über das Verwaltungsportal des Landes Hessen digital beteiligt:

Das Verwaltungsportal Hessen ist eine Website des Hessischen Ministeriums für Digitalisierung und Innovation. Die Website wird gemeinsam gestaltet von acht Ministerien und der Hessischen Staatskanzlei. Im Verwaltungsportal finden Sie redaktionelle Inhalte (zum Beispiel Erläuterungen zu Steuerthemen), Verwaltungsleistungen (Leistungsbeschreibungen), Online-Dienste (zum Beispiel Hund anmelden, Gewerbe anmelden) und Informationen zu Behörden (zum Beispiel kommunale Behörden) im Land Hessen. Im Detail: Im Verwaltungsportal Hessen sind Informationen und Verwaltungsleistungen von hessischen Dienststellen in Kommunen, Landkreisen und Kammern zu finden. Darüber hinaus ist das hessische Portal mit einem Portalverbund aus den anderen Bundesländern und dem Bund verknüpft, sodass über die Suche auch bundesweite Verwaltungsleistungen abgerufen werden können. Alle Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Zukunft einfach, effizient und sicher online zugänglich zu machen, ist Teil der hessenweiten Digitalstrategie.“

5. Wie wird die Bevölkerung über digitale Angebote informiert und bei der Nutzung unterstützt?

„Die Bevölkerung wird hauptsächlich über das digitale Medium, die Homepage der Gemeinde Dornburg, informiert. Bei Rückfragen können die fachlich zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerne angesprochen werden und unterstützen.“

Danach schloss der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Markus Stahl, um 21:50 Uhr die dreißigste öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Dornburg.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

- Stahl -

- Kirch -